

Antrag
des
Rechts- und Verfassungs-Ausschusses

über den Antrag der Abgeordneten Erber, MBA, Mag. Keyl, Ing. Linsbauer und Brenner betreffend Beibehaltung aller Bezirksgerichte in Niederösterreich als wesentliche Säule unseres Rechtsstaates

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Niederösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung, insbesondere die zuständige Bundesministerin für Justiz heranzutreten und diese aufzufordern, dass es zu keiner Zusammenlegung von Gerichtssprengeln in Niederösterreich kommen darf und alle 26 bestehenden Bezirksgerichte weitergeführt werden sollen.“

Michlmayr
Berichterstatter

Mag. Zeidler-Beck, MBA
Obmann